Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Haden & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 8.00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Inseratenpreis: die 7 gespaltene Nonpareillezeile 50 Pf., darauf 40 Prozent Teuerungszuschlag, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf. (ohne Zuschlag). Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 162. | Dresden, Donnerstag den 17. Juli 1919. | 30. Jahrg.

Eine Kraftprobe des pommerschen Landbundes.

Aus landwirtschaftlichen Kreisen Vorpommerns wird dem Vorwärts am Vorabend der Streikbewegung in Pommern geschrieben:

Eine Kraftprobe! Kein Zweifel! Als nach dreitägiger Arbeit im Ratssaale in Stralsund die Tarifverhandlungen zwischen den Vertretern der Landarbeiterschaft und denen des Pommerschen Landbundes gescheitert waren, da hat mit Recht Genosse Goebel als Führer der Landarbeiterschaft den Agrariern ins Gesicht gesagt, daß es für sie sich nur um eine Kraftprobe handle.

Wie war die Vorgeschichte? Als vielerorten in Deutschland die Tarifverhandlungen in der Landwirtschaft im vollen Gange, ja, zum Teil schon abgeschlossen waren, trat in Pommern der Landbund auf. Besonders charakteristisch war sein erstes Auftreten in jenem Kreise, dessen politisches Leben seit 20 Jahren in Pommern besonders beachtlich, ja, in gewisser Beziehung richtunggebend ist, im Kreise Grimmen. Hier wurde der Landbund begründet in der zweiten Hälfte des März. Nach unwidersprochenem Bericht des Grimmer Kreisblatts vom 20. März hat der Leiter des Bundes, Herr v. Bonin-Gültzow, in der Begründungsversammlung ausdrücklich erklärt, die Landwirtschaft (das heißt die Groß-Agrarier) will „Herr im eignen Hause bleiben", man wünsche keinen Tarif, schon am 7. März habe der landwirtschaftliche Verein in Grimmen die Bildung eines Arbeitgeberausschusses abgelehnt, zu deutsch: man wolle den Tarif verhindern, indem man verhinderte, die notwendige Stelle zu schaffen, ohne die ein Tarif nicht zustande kommen kann.

Das war der Auftakt! Und als man sich schließlich doch am 2. Juli in Stralsund zusammenfand, um für den Regierungsbezirk den Tarif zu beraten, da hatte der Landbund freilich auch einige Arbeiter mitgebracht, die auf der rechten Seite saßen. Gegenüber, auf der linken, die Führer des Deutschen Landarbeiterverbandes aus den verschiedensten Kreisen. Man tagte am 2. Juli von morgens 9 Uhr bis abends 11½ Uhr mit anderthalbstündiger Pause, am 3. Juli von früh 9 Uhr bis mittags um 2½ Uhr. Dann hatte man einen bis ins einzelne gehenden Tarif beraten, ohne daß die Vertreter der Arbeiterschaft ahnten und ahnen konnten, daß diese ganzen Verhandlungen seitens der Arbeitgeber unverbindlich waren. Man war auf seiten der Arbeiterschaft überzeugt, daß nur noch die Festlegung einiger allgemeiner Grundsätze, die freilich auch wesentlich genug sind, die Weiterberatung am 9. Juli erübrigte, um dann dem Bezirk verkünden zu können, daß der Friede geschlossen sei. Es sollte anders kommen. Unverzüglich rief man die Landbundgruppen der Kreise zusammen, und es ist bezeichnend genug, daß z. B. im Kreise Greifswald nur die Arbeitgeber nach Jüssow berufen wurden, dazu auch diejenigen Arbeitgeber, die nicht im Landbunde sind. Hier zeigte sich mit aller Klarheit, welche Geltung und welchen Einfluß derjenige Teil der pommerschen Landarbeiterschaft genießt, der sich — es sind ihrer recht wenige — verleiten ließ, sich dem pommerschen Landbunde anzuschließen.

Als man nun am 9. Juli in Stralsund wieder zusammentraf, da war dem Kundigen auf dem ersten Blick klar, daß ein Umschwung stattgefunden hatte. Es waren zum großen Teil ganz andre Persönlichkeiten zur Vertretung der Arbeitgeber erschienen. Die Tonart, die von Anfang an angeschlagen wurde, war eine andre geworden. Nicht nur, daß der beratene Lohntarif recht erheblich herabgesetzt worden war, auch in wesentlichen Einzelheiten, die von der größten Bedeutung für Ruhe und Ordnung und für ein friedliches Arbeitsverhältnis sind, trat die glatte Ablehnung aller Arbeiterforderungen zutage. Man bestand nun wieder auf dem elfstündigen Arbeitstag. Bei der Fortsetzung der Entlohnung für beschränkt leistungsfähige Arbeiter wurde das Schlichtungsverfahren mit allen Mitteln abgelehnt. So ging es weiter im Kampf gegen den Gedanken des Schlichtungsverfahrens und gegen die örtlichen Arbeiterausschüsse, die trotz ausdrücklicher Weisung des Ministers des Innern an die Landräte noch heute in Vorpommern so gut wie nirgends vorhanden sind, so daß der erste Unterbau des Selbstbestimmungsrechts der Arbeiterschaft mit allen Mitteln verhindert wird durch das Herrentum im eigenen Hause.

Nach außen hin wird natürlich der Landbund versuchen, sich zu rechtfertigen, damit er wenigstens einen Teil der öffentlichen Meinung für sich hat. Er wird insbesondre den elfstündigen Arbeitstag für diesen Zweck ausspielen. Hoffentlich verschweigt er dabei nicht, daß die Vertreter der Landarbeiter, darunter insbesondre sämtliche in festem Lohn und Brot stehenden Landarbeiter, wiederholt und auf das entschiedenste erklärten, daß sie 13 Stunden arbeiten wollen in der Ernte, wenn es erforderlich und wenn es genügend bezahlt wird. Ja, man hat schließlich was zweifellos nicht unbedingt notwendig wäre, die Bestimmungen darüber, ob im Einzelfalle Ueberstunden gemacht werden sollen, vertraglich dem Betriebsleiter in die Hand gegeben. Mehr konnte die Arbeiterschaft nicht bieten, aber — tut nichts — wie sagte Herr von Bonin: „Wir wollen Herren im eigenen Hause bleiben."

Und das ist natürlich der springende Punkt! Gewiß, einen Tarif, den mögen sie am Ende eingehen, die Herren Agrarier, vorausgesetzt, daß er ihnen paßt und daß ihr Wille im ganzen und im einzelnen unbedingt durchdringt. Das alte Mißtrauen gegen den Kittel des Arbeiters, der alte Herrenstandpunkt, durch nichts erschüttert, besteht nach wie vor. Sein Wille geschehe, nur sein Wille, und im Hintergrunde doch wohl die Aussicht und Hoffnung, daß der Deutsche Landarbeiterverband in seinem gewaltigen Anschwellen in Vorpommern eingedämmt, ja, daß er zerschlagen werden würde, wenn seine Vertreter mit leeren Händen vor die Arbeiter hintreten müssen, wir haben von euren langjährigen berechtigten Wünschen, wir haben von den Erfordernissen dieser Tage für euch zu erreichen nichts vermocht!

Die Kampfansage des pommerschen Landbundes ist damag jedenfalls die Bevölkerung in Stadt und Land der sicheren Ueberzeugung sein und bleiben, daß die Führer der Arbeiterschaft mit vollster Ruhe, mit klarem Blick für die Gesamtheit der Verhältnisse den Tatsachen gegenüberstehen, und daß sie im Kampf gegen die Agrarier, gegen den Landbund, nichts weiter und nichts anderes im Auge behalten werden, als die gewissenhafte Wahrung der ihnen anvertrauten berechtigten Interessen im Rahmen der Interessen der Allgemeinheit.

•

Generalstreik in Stettin.

Stettin, 16. Juli. Das Gewerkschaftskartell, der Wahlverein der S. P. D. und die Parteivereine der U. S. P. D. rufen zum Generalstreik auf, bis folgende Forderungen erfüllt sind: 1. Aufhebung des Belagerungszustands in Pommern. 2. Entlassung aller während des Belagerungszustands inhaftierten Gefangenen und Niederschlagung aller daraus resultierenden Strafverfolgungen. 3. Abberufung des Generals von Oven. 4. Anerkennung der Arbeiterräte. Ohne deren Zustimmung können militärische Maßnahmen gegen die Zivilbevölkerung nicht getroffen werden. — Infolge dieser Aufforderung sind heute früh die Arbeiter aller hiesigen Betriebe in den Ausstand getreten. Die Straßenbahnen verkehren nicht. Das Gaswerk, Wasserwerk und das Elektrizitätswerk sind geschlossen. Es wird mit der Möglichkeit eines Bürgerstreiks zur Abwehr des Generalstreiks gerechnet.

Für diese Verschärfung der Lage wird der Belagerungszustand verantwortlich gemacht, den General v. Oven zur Unterstützung der zum Streik provozierenden Agrarier, ohne daß für diese schwerwiegende Maßnahme die Zustimmung des Reichswehrministers und des Landwirtschaftsministers eingeholt worden ist, verhängt hat.

Berlin, 16. Juli. Die preußische Regierung hat soeben beschlossen, die Unterstaatssekretäre Dr. Meyer vom Ministerium des Innern und Kreczinski vom Kriegsministerium über Stettin nach Stralsund als Kommissare mit weitgehenden Vollmachten zu senden, um an Ort und Stelle die Ursache des Landarbeiterstreiks zu prüfen und möglichst Abhilfe zu schaffen. Nach Prüfung der Verhältnisse sind die Kommissare in die Lage versetzt, den Belagerungszustand über Stralsund eventuell aufzuheben und den Arbeitszwang zu beseitigen.

Stettin, 17. Juli. Der erste Tag des Generalstreiks in Stettin ist verhältnismäßig ruhig verlaufen. In einer Versammlung der Eisenbahner von Stettin wurde beschlossen, sich dem Generalstreik anzuschließen. Es sollen nur einige Lebensmittelzüge passieren gelassen werden, dagegen soll der Güter- und Personenverkehr aufhören. Als Antwort auf den Generalstreik begann gestern in Stettin der Gegenstreik der Bürgerschaft. Auch in Greifswalde dürfte es heute zum Proteststreik gegen den Belagerungszustand kommen.

Stralsund, 16. Juli. Heute mittag 12 Uhr ist die Bürgerschaft in den Abwehrstreik eingetreten. Sämtliche Geschäfte und Bureaus wurden geschlossen.

Berlin, 16. Juli. Die Voss. Ztg. erfährt, daß das Reichswehrgruppenkommando I in Berlin an sämtliche unterstellte Generalkommandos und Reichswehrbrigaden den Befehl herausgegeben hat, der sie anweist, die arbeitswilligen Landarbeiter mit allen militärischen Kräften zu schützen und alle entbehrlichen Kräfte der Bevölkerung für die Durchführung der Ernte und deren Hereinbringung zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig sind Anordnungen getroffen worden, um einer verhetzenden Agitation unter den Landarbeitern zu begegnen.

•

Beendigung des Bielefelder Streiks.

Bielefeld, 17. Juli. Der Streik der Kreisbahn- und Landarbeiter im Kreise Bielefeld ist gestern durch Vermittlung des Reichskommissars Severing beendet worden.

•

Eine offiziöse Darstellung der Streiklage.

Ueber die Streiks in der Landwirtschaft wird folgende halbamtliche Mitteilung verbreitet: Seit Montag der ist, wie wir hören, im ganzen in 12 Kreisen und 58 Ortschaften von 5000 bis 6000 Landarbeitern gestreikt worden. Politischen Hintergrund hatte der Streik im Kreise Danziger Höhe bis Karthaus, der nämlich einen Monat dauerte, aber jetzt beigelegt ist. Die übrigen Streiks dauerten nur wenige Wochen oder Tage. Zur Zeit streiken in Preußen höchstens 1500 Landarbeiter. Es besteht noch der Streik im Kreise Franzburg, Regierungsbezirk Stralsund. In Pommern hat der pommersche Landbund die auf gesetzlicher Grundlage errichteten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände abgelehnt und will eigene Schlichtungsausschüsse auf angeblich paritätischer Grundlage einsetzen. Nach der Ueberzeugung des Landwirtschaftsministers war die Verhängung des Belagerungszustandes über Pommern schädlich, und er hat sich für seine Aufhebung eingesetzt. Die Industriearbeiter sind im allgemeinen überzeugt von der Notwendigkeit der restlosen Einbringung der Ernte. Zunächst ist die Ernte nicht gefährdet. Die Heuernte ist fast restlos geborgen. Tarifverträge auf gesetzmäßiger Grundlage, d. h. auf Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, haben überall ausgereicht, die Streiks zu beenden. Der Landwirtschaftsminister wird morgen in der Landesversammlung über die Lage sprechen.

Die zwei Welten.

Aus Weimar wird uns berichtet:

Das Bürgertum hat durch die Revolution auf manchen Gebieten noch immer so gut wie nichts gelernt — zwischen ihm und uns klafft, wenn wir auf Kulturfragen zu sprechen kommen, nach wie vor eine ganze Welt unüberbrückbarer Abgründe.

Im Laufe der weitergeführten Beratung am Mittwoch stand z. B. der sozialdemokratische Antrag zur Erörterung, daß die Abschaffung der Todesstrafe als Verfassungsgrundsatz aufgestellt werden solle, wie es nach der Feststellung des Genossen Dr. Einstheimer schon in der Verfassung von 1848 der Fall gewesen ist. Die besten Elemente des Bürgertums hatten wenigstens Sprecher, die in der Sache mit sich reden ließen, die Frage bloß nicht in der Verfassung, sondern im Strafrecht geregelt wissen wollen, während andre meinten, man solle ruhigere Zeiten abwarten und den Entscheid durch Volksabstimmung herbeiführen.

Dem deutschnationalen Dr. Kölzsch, „unserm" Dresdner Oberpfarrer, Oberkonsistorialrat und Superintendent, blieb es vorbehalten, durch warme Verteidigung der Todesstrafe seinen Stand zu entwürdigen. Der Großinquisitor Torquemada hat kaum jemals blutdürstiger gegeifert als dieser Hüter des Evangeliums der Liebe. Hatte sein Fraktionskollege Dr. Düringer sich schon den Zuruf: Scharfrichter! gefallen lassen müssen, so prasselte auf Kölzsch die Entrüstung der linken Seite des Hauses in ganzen Salven nieder, bis sie sich zum Schluß in kräftigen und wohlverdienten Pfuirufen entlud.

Zu der ans Mittelalter gemahnenden Aussprache paßte die namentliche Abstimmung, in der die Aufhebung der Todesstrafe abgelehnt wurde. Auch von der Mehrheit der sogenannten Demokraten stimmte nur deren linker Flügel, geführt vom Abgeordneten Nuschke, mit uns. Sogar die meisten bürgerlichen Frauen konnten sich nicht zu diesem Entschlusse aufraffen. Den Damen wäre zu gönnen, daß sie dazu verurteilt würden, einigen Hinrichtungen beizuwohnen.

Ebenso wenig würdig eines modernen Kulturvolkes zeigten sich die meisten bürgerlichen Redner und Rednerinnen bei der Aufrollung des Rechtes der unehelichen Mutter und des unehelichen Kindes. Den Vogel schoß hier der Reichsgerichtsrat Burlage vom Zentrum mit einer Rede ab, die so herzlos war, daß man es zwar nicht billigen, aber doch verstehen kann, wenn Frau Zietz ihm erwiderte, die Katholiken stemmten sich gegen die Ermittelung der unehelichen Vaterschaft, weil dabei in manchen Fällen herauskäme, daß der Vater ein Geistlicher sei.

Die Unabhängigen hatten nebenher schwere Zusammenstöße mit den Präsidenten Fehrenbach und Haußmann. Das braucht wohl gar nicht besonders erwähnt zu werden.

Der Wiederaufbau der Landwirtschaft.

Der preußische Landwirtschaftsminister Braun hat dem Reichskabinett eine längere Denkschrift über die Lage der deutschen Landwirtschaft überreicht und zur Hebung der stark gesunkenen Produktion folgende Forderungen gestellt: Die Stickstoff-, Kali- und Phosphorindustrie sind bezüglich der Belieferung der Kohlen und sonstigen Betriebsstoffe vor allen andern Industriezweigen zu bevorzugen. Die Einfuhr von Rohphosphat ist mit allen Mitteln anzustreben. Die gebundene Wirtschaft ist bezüglich der landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf das Notwendigste, d. h. Brot und Fleisch zu beschränken. Der Aufbau der Schweinehaltung muß sofort in Angriff genommen werden. Um dies zu ermöglichen, ist es notwendig, die Gerste ebenso zu bekommen wie den Hafer, d. h. es ist nur der Bedarf der öffentlichen Hand in geeigneter Weise sicherzustellen, der Rest freizulassen. Dasselbe Verfahren muß auch bezüglich der Kartoffel, sobald die Ernte sich absehen läßt, in ernste Erwägung gezogen werden. Ohne schleunigen Wiederaufbau der Schweinehaltung ist der Zusammenbruch der Fleischversorgung und damit der gesamten Volksernährung zu befürchten. Für die übrigen landwirtschaftlichen Produkte, insbesondere Zuckerrüben, Oelfrüchte usw., muß der Abbau der Zwangswirtschaft auch ernstlich ins Auge gefaßt werden. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft allein kann im Verkehr mit landwirtschaftlichen Bedarfsartikeln, insbesondere mit Schuhen und Kleidern für die landwirtschaftlichen Arbeiter zu befriedigenden Verhältnissen führen. Die in Betracht kommenden Kriegsgesellschaften sind daher so schnell wie möglich aufzulösen. Das gilt insbesondere für die Reichsfuttermittelstelle, die Reichsstelle für Oel und Fette, die Kriegsledergesellschaft u. a. m. „Ich würde," so schließt der Minister seine Denkschrift, „die Verantwortung für den Verlauf der landwirtschaftlichen Erzeugung in den unmittelbar bevorstehenden, überaus kritischen Jahren nicht übernehmen können, wenn nicht bald in der angedeuteten Richtung Wandel geschaffen wird. Erwägungen politischer Art dürfen zu derartigen Ergebnissen nicht führen."

Nachdem während des Krieges die pflanzliche Erzeugung auf 6 Prozent und die tierische auf 40 Prozent der früheren Höhe zurückgegangen ist, berechnet der Minister in der Denkschrift, daß auch beim gegenwärtigen Stande der Valuta zur Deckung dieses Ausfalls sowie der schon früher notwendigen Nahrungs- und Düngemitteleinfuhr im ganzen 47 Milliarden Mark jährlich aufgebracht werden müßten, um den Zustand der Ernährung zu erreichen, der vor dem Kriege bestanden hat. Da es ganz unmöglich ist, diese Summe aufzubringen, macht der Minister die vorstehenden Vorschläge zum Wiederaufbau der deutschen Landwirtschaft.

• • •

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190717/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG